

Verzweiflung bei Zugewanderten: Was ist in Lübecks Ausländerbehörde los?

Amt offenbar überlastet – Betroffene warten teilweise jahrelang auf Termine – Hansestadt gibt Bundespolitik die Schuld

VON HANNES LINTSCHNIG

LÜBECK. Im August ist seine Mutter schwer krank geworden. Ärzte haben bei ihr einen Hirntumor festgestellt und sie in eine Klinik in Teheran eingeliefert. Für Mojo war das ein Schock. „Ich wollte meine Mutter sehen – sofort“, sagt der 26-Jährige. Doch für den gebürtigen Iraner ist so eine Reise nicht einfach. Er spricht fließend Deutsch und lebt seit zehn Jahren in Lübeck. Aber er hat keinen deutschen Pass, sondern muss seine Aufenthaltsgenehmigung alle zwei Jahre verlängern. Und um das Land legal verlassen und wieder einreisen zu können, muss sein Ausweis noch mindestens sechs Monate gültig sein – im August waren es nur noch fünf.

Deswegen hat sich Mojo, der seit fünf Jahren festangestellt als Mechatroniker bei einer Autowerkstatt in Lübeck arbeitet, um einen Termin bei der Ausländerbehörde im Lichthof in Lübeck bemüht. „Ich habe wochenlang nichts gehört. Sie hatten nie Zeit für mich“, sagt Mojo. „Ich habe so oft nachgefragt, aber ich wurde immer wieder vertröstet. Es war zum Verzweifeln.“

Mojo ist nicht der einzige, der an der Ausländerbehörde verzweifelt. Die Hansestadt hat schon im November öffentlich mitgeteilt, dass die Behörde „am Limit“ sei. Dass die Wartezeiten lang, die Erreichbarkeiten schlecht und es sehr schwierig sei, mehr Personal zu finden – trotz aller Anstrengungen. Nach LN-Informationen soll sogar eine zeitweise Schließung der Ausländerbehörde im Raum gestanden haben. Das belegen interne E-Mails von Beteiligten der Flüchtlingsbetreuung in Lübeck, die den LN vorliegen. Die Hansestadt bestreitet das.

„Ob die Ausländerbehörde geschlossen oder geöffnet hat, ist eigentlich egal“, sagt Sami aus Lübeck. Der 38-Jährige ist 2016 aus Syrien nach Deutschland gekommen und lebt hier mit seiner Frau und seinen Töchtern. Er fragt sich: „Wollen die Mitarbeiter der Ausländerbehörde nicht arbeiten? Wollen sie uns loswerden?“ Sami kann viele Geschichten von der Aus-



„Willkommen“ – das steht am Eingang der Ausländerbehörde Lübeck in vielen verschiedenen Sprachen geschrieben. Doch Betroffenen beklagen die unzureichende Bearbeitung ihrer Fälle.

FOTO: LUTZ ROEBLER

länderbehörde erzählen, die ihn wütend machen. Eine davon: „Vor einigen Monaten ist meine zweite Tochter auf die Welt gekommen. Wir wollten schon lange zuvor Elterngeld beantragen, aber bei der Ausländerbehörde sagte man uns, dass der syrische Ausweis meiner Frau dazu überprüft werden muss“, erzählt er.

Sami hat, so sagt er, viele Freunde, die in einer ähnlichen Situation seien, aber in anderen Städten wohnen. „So eine Dokumentenprüfung hat bei einem Freund von mir einen Tag gedauert. Hier in Lübeck lag die Bearbeitungszeit bei vier bis sechs Monaten – und nach acht Monaten hatten wir immer noch nichts gehört.“

Laut Sami haben die Mitarbeiter der Ausländerbehörde nie Zeit. So empfindet er das. Sie erklärten einem nichts, oft sei der Sachbearbeiter krank oder seien Dokumente verschwunden, die mehrfach eingereicht werden müssten. Im Januar 2024 hat Sami seinen Antrag auf Einbürgerung gestellt – und seitdem nichts von der Ausländerbehörde gehört.

Sowohl Mojo als auch Sami heißen eigentlich anders. Bei-

de wollen ihren echten Namen aber nicht in der Zeitung lesen. Sie kennen sich nicht. Was beide vereint: die Angst vor der Ausländerbehörde, weil sie deren Arbeit kritisieren. Ist diese Angst gerechtfertigt?

Ja, glaubt die UKSH-Assistenzärztin Kathrin Kelly, die beim Verein „SonntagsDialoge“ ehrenamtlich einen Fachsprachkurs im Bereich Medizin für Geflüchtete gibt. „Eine Ärztin aus dem Irak wollte ihren Aufenthaltstitel verlängern und hat trotz Nachfragen fünf Monate lang nichts von der Ausländerbehörde gehört. Dann bekam sie einen Termin – und musste weitere fünf Monate wegen einer Dokumentenprüfung warten“, erzählt Kelly. „In dieser Zeit kam ihre Anwältin ins Spiel, und dann ging auf einmal alles ganz schnell: Innerhalb von zwei Wochen wurde ihr Aufenthaltstitel verlängert.“ Für die 34-Jährige, die mehrere Fälle kennt, steht fest: „Bei der Ausländerbehörde wird ausgenutzt, dass manche Menschen nicht in der Lage sind, sich sprachlich zu wehren und ihre Rechte nicht kennen.“

Martin Link vom Flüchtlingsforum Schleswig-Holstein

kennt das. „Uns liegen Problemanzeigen aus unterschiedlichen Kommunen vor. Kiel ist herausragend unzugänglich.“ Betroffene aus der Landeshauptstadt zögen reihenweise in den Kreis Rendsburg/Eckernförde – dort dauert eine Einbürgerung nur ein Jahr statt fünf. Seiner Erfahrung nach gilt, „dass die Verwaltungsabläufe in Ausländerbehörden besser und ohne viele Staus laufen, wo der Spirit insgesamt eher ermessenspositiv und weniger durch das Bemühen, eine restriktive Verwaltungspraxis zu vollstrecken, gekennzeichnet ist. Dieser Spirit wird nicht allein durch das individuelle Dafürhalten der Mitarbeitenden geprägt, sondern hängt vor allem an den Vorgaben der Hausspitze beziehungsweise der Amtsleitungen.“

Die Kritik an der Ausländerbehörde teilen einige der sozialen Träger, die sich in Lübeck um Geflüchtete kümmern, nicht in Gänze. Die Awo beispielsweise erlebt die Zusammenarbeit mit der Behörde als „partnerschaftlich und lösungsorientiert“. „Besonders positiv hervorzuheben ist die gemeinsame Zielsetzung, die

Anliegen der betroffenen Personen schnell und zuverlässig zu bearbeiten“, sagt Awo-Sprecherin Gesa Gaedeke. André Weidmann, Bereichsleiter Obdach und Asyl der Gemeindediakonie Lübeck, geht davon aus, dass sich die Situation schnell beruhigen wird, weil im Bereich der Wohnheimen für asylsuchende Menschen Maßnahmen getroffen wurden. Sie würden die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde erleichtern.

Eine rasche Beruhigung der Situation ist laut Lübecker Verwaltung nicht in Sicht, denn: „Solange keine grundlegende Entbürokratisierung durch eindeutige Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene erreicht wird, ist kaum mit zügigeren Verfahren in der Ausländerbehörde zu rechnen“, heißt es von der Hansestadt.

Mojo hat inzwischen eine gute Nachricht erhalten: Seine Mutter hat die Klinik verlassen. Besuchen konnte er sie aber immer noch nicht; seine Aufenthaltsgenehmigung ist mittlerweile abgelaufen – Mojo ist nun illegal in Deutschland. Von der Ausländerbehörde hat er bis heute nichts gehört.